Anstoß

20. Jahrgang
Zeitung der LINKEN in der Region Saalfeld-Rudolstadt
Mai 2017

Gerechtigkeit
Aufklärung
Frieden
Humanismus

„Wir wollen auf Erden glücklich sein,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben."

public domain

Gastbeitrag von Ralph Lenkert, MdB

Elektrifizierung versus Pkw-Maut: Hat sich rot-rot-grün kaufen lassen?

public domain

Ralph Lenkert
Umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag

Was wäre, gäbe es keinen öffentlichen Personenverkehr (ÖPV) - keine Busse, Bahnen oder Trams? Alle Reisenden führen mit dem PKW, noch mehr Staus und Abgase wären die Folge. Der Berufsverkehr bräche zusammen. Eltern oder Großeltern müssten stets als Fahrer_innen für Schule und Freizeit fungieren. Mehr Abgase schaden Gesundheit und Klima. Und Menschen ohne PKW verlieren ihre Mobilität.

Der ÖPV nützt allen Verkehrsteilnehmer_innen, auch denen, die stets PKWs nutzen. Deshalb waren und sind der Einsatz für Fernverkehr der Bahn, für Regionalisierungsmittel (regionaler Bahnverkehr) und für die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung (MDV) wichtige Bestandteile meiner Arbeit.

Während der Ministerpräsidentenkonferenz zur Flüchtlingssituation legte Schäuble in der Pause seinen Vorschlag zu Regionalisierungsmitteln in Höhe von 8 Mrd. €/Jahr vor. Danach hätten in Ostdeutschland auch in Thüringen Regionalbahnen abbestellt werden müssen. Leider bemerkte der Brandenburger MP dies nicht und stimmte für Ostdeutschland zu.

Bodo Ramelow sorgte für Proteste der ostdeutschen Länder. Mein Büro erstellte die Anträge der Linksfraktion im Bundestag. Diese Anträge waren so formuliert, dass bei Ablehnung die ostdeutschen Abgeordneten von CDU und SPD für die Abbestellungen von Regionalzügen gestimmt hätten.

Daraufhin gab es einen Kompromiss, der sicherstellte, dass Thüringen (Ostdeutschland) seine Regionalisierungsmittel behält.

2017 wird die neue ICE-Strecke über Erfurt in Betrieb genommen. Dann sind die Städte Jena, Gera und Saalfeld ohne Fernverkehr, das bedeutet längere Fahrzeiten, höhere Preise und häufiges Umsteigen. Als Wirtschafts-, Tourismus- und Wissenschaftsstandorte brauchen diese Städte Bahn-Fernverkehr. Deshalb unterstütze ich die Bündnisse zum Erhalt des Fernverkehrs in Jena und Gera. Wir erreichten, dass die DB ab Dezember 2017 täglich drei IC-Paare von Gera über Jena/Weimar nach Erfurt einsetzt. Damit diese IC dauerhaft fahren, ist die Elektrifizierung der MDV unerlässlich. Gemeinsam mit der R2G-Koalition in Thüringen kämpfen wir für die Aufnahme dieses Projektes in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes. Auch wegen des Drucks der Bündnisse will die DB ab 2023 eine IC-Verbindung Nürnberg-Jena-Leipzig einrichten. Einen täglichen IC von Karlsruhe über Nürnberg, Saalfeld und Jena nach Leipzig hat die Bahn ebenfalls versprochen.

Bei der Abstimmung des Bundesrates zur Einführung der Pkw-Maut hatte sich das Land Thüringen wider Erwarten enthalten. Die Stimmen der Maut-Gegner reichten deshalb nicht aus, um den Vermittlungsausschuss zwischen Bundesrat und Bundestag mit einer Kompromissfindung zu beauftragen. Die Elektrifizierung der MDV sollte dafür in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen werden. Über entsprechende Absprachen zwischen Bundesverkehrsminister Dobrindt und dem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow wurde nach der Abstimmung informiert.

War die rot-rot-grüne Landesregierung also käuflich? Die Verknüpfung der Enthaltung bei der Pkw-Maut mit der Elektrifizierung der MDV ist nicht unbedingt logisch. Die Probleme befassen sich mit unterschiedlichen Aspekten der Infrastruktur. Trotzdem ist es in der Politik nicht unüblich, solche Absprachen zu treffen, beziehungsweise, bei solchen Absprachen zu einer Entscheidung genötigt zu werden, bei der man im Interesse einer Sache etwas anderes zwangsläufig in Kauf nehmen muss. Egal was der Ministerpräsident entschieden hätte; es wäre in jedem Fall kritisiert worden. Ist durch die Enthaltung Thüringens ein großer Schaden entstanden? Nein, das Gesetzesvorhaben wäre dann an den Vermittlungsausschuss übergeben worden. Die Anrufung des Vermittlungsausschusses hätte die Pkw-Maut aber nicht verhindert. Es wäre nochmals diskutiert worden, ob in Grenzregionen Sonderregelungen zur Entlastung des grenzüberschreitenden regionalen Verkehrs getroffen werden sollen und auch hier wäre fraglich, ob und inwieweit der Bundestag auf den Kurs der Länder eingeschwenkt wäre, denn er wäre dazu nicht verpflichtet gewesen. Mit wenigen Monaten Verzögerung hätte die Bundesregierung letztendlich die Pkw-Maut trotzdem einführen können, daran hätte auch ein ablehnendes Votum des Freistaates im Bundesrat nichts geändert.

Hätten der Ministerpräsident und das Land Thüringen im Bundesrat gegen die Pkw-Maut gestimmt, wäre die Elektrifizierung der MDV aber geplatzt. Dieses Projekt, das seit Jahrzehnten im vordringlichen Interesse des Freistaates und vor allem der Städte Gera, Jena und Weimar liegt, nicht zu verfolgen, um eine Maut abzulehnen, die sich gar nicht verhindern lässt, hätte zwar am Abstimmungstag im Bundesrat für weniger öffentliche Irritation über das Verhalten der linksgeführten Landesregierung gesorgt, für Thüringen selbst aber gar nichts gebracht.

Insofern wurde hier etwas gehandelt: Prestige für das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, in dem sich Bundesverkehrsminister Dobrindt und Seehofer gegenseitig auf die Schulter klopfen können gegen eine verbindliche Zusage zur Verbesserung der mitteldeutschen Bahn-Infrastruktur. Wer im Wahljahr dermaßen vor Eitelkeit strotzt und so viel Aufwand betreibt, um einen Vermittlungsausschuss zu verhindern, den sollte man ruhig bei seiner Eitelkeit packen und die gegen etwas Sinnvolles eintauschen. Eitelkeit gegen Schienen und Oberleitungen.

Ist DIE LINKE also für die Pkw-Maut? Natürlich nicht. Die Maut, so wie sie beschlossen wurde, ist eher ein Bürokratiemonster und wird nur geringen Mehrwert für die Finanzierung der Straßen bringen. Selbst wenn sie über die Senkung der Kfz-Steuern kompensiert werden soll, trifft sie trotzdem vor allem geringverdienende Berufspendler. Ein ganz anderes Mautsystem wäre hingegen hilfreich. Wenn man regionale Wirtschaftskreisläufe stärken will, den Gütertransport eindämmen und vor allen Dingen kleine Ortsdurchfahrten entlasten will, sollte man zunächst dafür sorgen, dass der Güterlastverkehr auf Nebenstraßen nicht billiger ist als auf der Autobahn. Wie wäre es denn mit einem Mautsystem, das die Verschickung von Joghurt und Wasser quer durch die Bundesrepublik teurer macht und mit niedrigeren Bahnpreisen, die über die Alternative Bahn ernsthaft nachdenken lassen?

Aus dem Kreisvorstand

Der Kreisvorstand traf sich entsprechend seinem Terminplan am 10.04.2017 im HASKALA, um in seiner Zusammenkunft Maßnahmen zu den nächsten wichtigen Anlässen zu beraten und Festlegungen zu treffen.

Nach der Protokollbestätigung gab Birgit kurz aktuelle Informationen aus dem Bundes- und Landesvorstand an uns weiter, insbesondere wies sie auf die Veranstaltung am 24./25.06.2017 in Jena „Was will DIE LINKE“ hin, die besonders für Neumitglieder, aber auch für alle anderen interessant sein dürfte.

Als nächstes wurden organisatorische Maßnahmen zum BT-Wahlkampf besprochen. Besonderes Augenmerk galt dabei der Bestellung von Wahlkampfmaterialien, den Möglichkeiten der Materialverteilung und Plakatierung sowie der Auftaktveranstaltung in der Messe Erfurt – ein Konzert mit Konstantin Wecker – Eintritt frei. Jeder, der möchte, kann aber ein Soli-Armband erwerben (pro Stück 5 €). Mit dem Erlös aus dem Verkauf sollen die Kosten der Veranstaltung teilweise gedeckt werden. Die Soli-Armbänder sind beim Kreisvorstand oder auch z.T. bei den Vorsitzenden der Stadtverbände oder Basisorganisationen erhältlich.

Für Mai ist eine Beratung mit den Vorsitzenden der Stadtverbände und Basisorganisationen geplant, in der es ebenfalls um die Vorbereitung der Bundestagswahl gehen wird. Termin ist am Mittwoch, dem 17.05.2017, um 18 Uhr im HASKALA.

Die nächste Gesamtmitgliederversammlung wird voraussichtlich am Samstag, dem 21.10.2017, stattfinden – über den Ort wird der geschäftsführende Vorstand entscheiden.

Zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution wird es eine öffentliche Veranstaltung mit Steffen Kachel geben – Ort und Termin werden demnächst konkretisiert.

Das letzte Thema unserer Sitzung war die Vorbereitung des 1. Mai. Der Schwerpunkt der diesjährigen Aktivitäten ist die Veranstaltung in Gera, um dort möglichst zahlreich einen Gegenpol zur Veranstaltung der Nazipartei „Der III. Weg“ zu bilden, die in Gera einen Aufmarsch angemeldet hat. In einer zeitgleich mit unserer Kreisvorstandssitzung stattfindenden DGB-Veranstaltung wurde beraten, ob und was für Aktivitäten in Saalfeld stattfinden können, auch unter dem Gesichtspunkt, dass in diesem Jahr der Schlosspark auf Grund der Bauarbeiten an der Orangerie nicht genutzt werden kann.

Karola Ebert

Ostermarsch in Jena

Am Ostersonnabend trafen sich ca. 200 Menschen auf dem Jenaer Holzmarkt, um im Rahmen der diesjährigen Ostermärsche für Frieden und Abrüstung auf die Straße zu gehen. Zunächst machten die verschiedenen Redner darauf aufmerksam, dass die Ostermärsche nichts von ihrer Bedeutung verloren haben und gerade jetzt wieder umso nötiger sind. Dies wurde an konkreten Beispielen wie dem Bombenabwurf in Afghanistan und dem unmenschlichen Giftgasangriff in Syrien deutlich aufgezeigt. Ein weiteres Thema war die deutsche Rüstungsindustrie, die nach wie vor dafür sorgt, dass Kriege befördert und eben nicht verhindert werden. Unter dem Motto „Der Krieg beginnt vor der eigenen Haustür“ gingen die Redner auf die zweifelhafte Rolle von Jenoptik ein, die mehrere Rüstungsaufträge für verschiedene europäische Länder ausgeführt haben. Danach setzte sich der Demonstrationszug durch die Jenaer Innenstadt in Bewegung. Einen Zwischenhalt gab es an der Gedenkstätte Jenaer Osterkonferenz 1916 in der Zwätzengasse.

Hier trafen sich zu Ostern 1916 junge Menschen aus der Arbeiterbewegung, um gegen den Krieg aktiv zu werden. Der Ostermarsch führte zum Holzmarkt zurück, wo die Abschlusskundgebung stattfand. In Thüringen gab es noch weitere Aktionen zum diesjährigen Ostermarsch, zum Beispiel am Truppenübungsplatz in Ohrdruf.

Daniel Starost

Der Limerick

Ein Limerick ist ein kurzes, meist scherzhaftes Gedicht in fünf Zeilen mit dem Reimschema aabba und einem bestimmten metrischen Schema. Das Gedicht beginnt mit einem Hinweis auf ein Subjekt (1. Zeile) und seinem Tun (2. Zeile). Es folgen zwei kurze endgereimte Zeilen mit einer scheinbar logischen Fortsetzung (3. und 4. Zeile), wobei ihr Inhalt jedoch durch die willkürlich gewählten Reimwörter bestimmt ist. Die 5. Zeile schließt das Gedicht, oft mit einem pointierten Urteil, ab.

Für die Herkunft der Bezeichnung gibt es verschiedene Hypothesen: Den Namen könnte die irische Stadt Limerick gegeben haben oder er könnte abgeleitet sein von dem irischen Soldatenlied „Will you come up to Limerick“ aus dem 18. Jahrhundert. Eine weitere Erklärung verweist auf die Sammlung von Kinderreimen von 1765, in der rhythmisch ähnliche Formen vorkommen. Die um 1820 in England entstandene Form erhielt die geschilderte Struktur durch Edward Lear in „A Book of Nonsens“, London 1843, mit 107 Limericks. Der erste klingt in deutscher Übertragung so:

Es war mal ein Alter mit Bart
Besorgt, was an Vögeln sich paart
An Lerchen, Pirolen
An Eulen und Dohlen:
„Sie alle tun's in meinem Bart!“

In der BRD kamen die Limericks in den 1970er Jahren durch die Liedermacher Schobert und Black in Mode. In der DDR trug der Eulenspiegel seit 1968 zur Verbreitung des Limericks bei. (Quelle: Wikipedia).

Dass diese Kunstform auch heute noch aktuell ist, zeigen ausgewählte Werke des bisher leider unbekannten zeitgenössischen Autors Herbert Kreftzig:

Die Regierung wollte brillieren:
Das Land kommunal reformieren.
Der Plan war gigantisch,
doch läuft's dilettantisch.
Sie wird deshalb
Stimmen verlieren.

Die Genossen, vor allem die alten,
bekommen immer mehr Falten.
Der Nachwuchs bleibt weg,
der Vorstand voll Schreck:
„Wer wird künftig die Fahne
hoch halten?“

Ein Politiker hatte `ne Meise:
log auf jede erdenkliche Weise.
Das Volk ihn durchschaute,
dem Gelaber misstraute.
Nun wird er ohne Diäten
zum Greise.

Hubert Krawczyk

Zu hoher Preis

Pressemitteilung des Stadtverbandes Rudolstadt der LINKEN

Mit Blick auf die Bundestagswahl hatte der Stadtvorstand der LINKEN Rudolstadt zum Bürgergespräch über die Haltung der Partei zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr eingeladen. Denn wenn im Ergebnis des SPD-Aufwindes und einem starken Wahlergebnis von Linken und Grünen es zu einer rot-rot-grünen Bundesregierung kommen könnte, stände DIE LINKE vor der Frage “Um welchen Preis?“ Der Entwurf des Bundestagswahlprogramms macht in puncto Friedenspolitik klare Vorgaben: Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen, Rüstungsexporte müssen verboten und die US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Dagegen wird im Weißbuch der Bundeswehr der Anspruch erhoben, die globale Ordnung auch militärisch aktiv mitzugestalten. Die Gesprächsteilnehmer waren sich aber einig: Die Verantwortung Deutschlands soll ausschließlich darin bestehen, für nichtmilitärische Konfliktlösungen, Abrüstung und Konversion der Rüstungsindustrie zu sorgen. DIE LINKE würde sich als Friedenspartei unkenntlich machen und in der Bedeutungslosigkeit verschwinden, wenn sie diese Positionen aufgäbe. Dieser Preis wäre zu hoch.

Die faschistische Ideologie des B.Höcke

Höcke und Ladig dieselbe Person?

Dass die AfD-Vorsitzende Petry auf die Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl verzichtet, gilt als Ergebnis des internen Machtkampfes des rechten mit dem ganz rechten Flügel innerhalb der Partei. Ein zentraler Gegenspieler ist dabei der Thüringer Landes- und Fraktionschef der AfD, Björn Höcke. Der Machtkampf tobt bereits eine ganze Weile und spitzt sich zur Bundestagswahl hin zu. So droht Petry, die auch Landesvorsitzende in Sachsen ist, die Anfechtung der Kandidatenliste für die Wahl. Ute Nürnberger, ihrerseits nicht nur Höcke und den Parteiströmungen um ihn nahestehend, sondern auch Verbindungsglied zu den Nazis von Thügida, dem Dritten Weg und der NPD, klagt gegen die Aufstellung der Kandidaten, da ihr eine Kandidatur auf Grund dieser Nähe zu extremistischen Organisationen versagt wurde. Sogar Nürnbergers rechtmäßige Mitgliedschaft in der AfD ist fraglich und wurde wiederholt verneint, angezweifelt und dann wieder bestätigt. Nach seiner sogenannten „Dresdner Rede“ hat Petry mit ihren Verbündeten innerhalb der Partei ein Ausschlussverfahren gegen Höcke eingeleitet. Darin wirft sie ihm Verherrlichung der NS-Zeit vor, was zumindest laut Satzung in der AfD nicht erlaubt ist. Doch als Begründung für den Ausschluss wird nicht nur die im Brauhaus Watzke gehaltene Rede angeführt, in der Höcke etwa eine „180-Grad-Wende in der Erinnerungspolitik“ gefordert hatte. Erstmals wird auch die mögliche Identität Höckes mit „Landolf Ladig“ im Ausschlussantrag herangezogen. Landolf Ladig ist ein Pseudonym, unter dem in NPD-Blättern – vor allem der Eichsfeld-Stimme – mehrere Texte erschienen sind.

Dass es sich bei Höcke und Ladig um dieselbe Person handelt, steht schon länger im Raum. Der Soziologe Andreas Kemper geht bereits seit 2015 den Spuren nach und förderte eine erdrückende Indizienkette zu Tage, die diese Identität sehr wahrscheinlich macht: So drückt Ladig in einem Artikel 2011 sein Bedauern darüber aus, dass der nationalsozialistischen „Antiglobalisierungsbewegung“ nicht mehr „Friedensjahre vergönnt“ gewesen seien, da das Deutsche Reich angeblich überfallen worden sei. In diesem die NS-Zeit verherrlichenden, geschichtsrevisionistischen Text finden sich gleich passagenweise Formulierungen aus einem Text von Björn Höcke von 2008 getreu wiedergegeben. Im Jahr 2012 bezeichnet „Ladig“ diese im NS-Staat „institutionalisierte Antiglobalisierungsbewegung“ mit der Wortneuschöpfung „organische Marktwirtschaft“. Die „Glut“ sei nicht erloschen, eine „Avantgarde“ der „identitären Systemopposition“ kämpfe für eine „neue organische Marktwirtschaft“. Ein Jahr später fordert Höcke die Einführung dieser „organischen Marktwirtschaft“ an Stelle der „entartete[n] Volkswirtschaft“. In diesem Vortrag von 2013 rezitiert Höcke den Beitrag Ladigs aus dem NPD-Blatt Eichsfeld-Stimme wörtlich, in dem auch Höckes Wohnort beschrieben wird. Zudem nutzen Höcke wie Ladig weitere Begriffe, die in der politischen Diskussion nur selten verwendet werden, in der gleichen ungewöhnlichen Bedeutung. Dass Höcke nicht nur von Ladig abschrieb, sondern Ladig auch von Höcke, macht eine Identität beider sehr wahrscheinlich. Ein ziemlich gutes Bekanntschaftsverhältnis des Herausgebers der NPD-Schriften, Thorsten Heise, seines Zeichens militanter Nazi, der derzeit auch NPD-Chef in Thüringen ist, mit Höcke scheint dies noch einmal zu untermauern.

Schon 2015 verlangte der damalige gemäßigte AfD-Bundesvorstand unter Bernd Lucke auf Grund dieser Beweislage, dass Höcke eine eidesstattliche Versicherung zu mutmaßlichen NPD-Kontakten unterschreiben soll. Das verweigerte Höcke und sagte laut ZEIT damals: „Ich habe niemals unter einem Pseudonym für eine NPD-Zeitung geschrieben.“ Obwohl die Indizien ein sehr deutliches Bild zeichnen, muss man sie nicht als zwingend ansehen, wenn man nicht will. Dass das AfD-Schiedsgericht in Thüringen, welches für das Ausschlussverfahren gegen Höcke verantwortlich ist, dies so betrachtet, ist eher fraglich. Allerdings wird von Petry und den Unterstützern des Ausschlussantrags nun auch ein Zeuge vorgebracht, dem Höcke selbst offenbart haben soll, dass er Ladig ist. So heißt es im Antrag, dass Höcke sich zu einem Treffen mit einem früheren AfD-Kreisvorsitzenden in Südthüringen, Heiko Bernardy, am Burschenschaftsdenkmal verabredet und diesem gegenüber zugegeben haben soll, dass er Ladig sei. Laut FAZ soll Bernardy dies dann dem früheren thüringischen AfD-Vorsitzenden Matthias Wohlfarth mitgeteilt haben, der nun wiederum in einer dem Ausschlussantrag beigelegten Erklärung behauptet, dass Bernardy auch bereit wäre, dies vor dem zuständigen Schiedsgericht auszusagen. Ein solches Geständnis durch Höcke, von einem Zeugen bestätigt, würde die Chancen des Parteiausschlussverfahrens erheblich erhöhen. Außerdem heißt es in der Erklärung von Wohlfahrt: „Herr Bernardy führte darüber hinaus noch aus, dass selbst dem kleinsten NPD-Funktionär die früheren Aktivitäten des AG [= Antragsgegner, also Höcke] kein Geheimnis seien.“

Doch gegenüber der FAZ gibt sich Bernardy selbst verunsichert und wiegelt ab: „Die Möglichkeit, etwas missverstanden zu haben, ist immerhin real. Deshalb kann es für mich juristische Folgen haben, dies öffentlich zu behaupten. Zumal mir mindestens eine Person bekannt ist, welche unter diesem Pseudonym geschrieben haben will. Und diese Person ist nicht Höcke. Das lässt zumindest Zweifel aufkommen. So wie ich es mittlerweile verstehe, ist Landolf Ladig eine Kunstperson, unter der mehrere Autoren veröffentlicht haben.“ Tatsächlich hat die ZEIT nun einen unbeachteten Artikel von Ladig gefunden, der die These des Mehr-Personen-Pseudonyms unterstützt. Der im aktuellen Nazi-Duktus geschriebene Text, der die ankommenden Flüchtlinge als „Umvolkung“ und „Vernichtungskrieg gegen das deutsche Volk“ bezeichnet, wendet sich gegen die Kirchen in Deutschland, denen er Verrat am Volk vorwirft. Er erschien ebenfalls in einem Blatt von Heise. Kemper vermutet daher, dass es sich eher um den Versuch handelt, von Höcke abzulenken. Gegenüber der ZEIT erklärt der Soziologe: „In Wortwahl und Stil unterscheidet sich der neue Artikel maßgeblich von allem, was wir bislang von Ladig lesen konnten.“ Damit würde zwar die Behauptung Bernardys, dass mehrere Autoren unter dem Pseudonym geschrieben haben, bestätigt. Aber die Zuschreibung der ersten Texte aus den Jahren von 2011 bis 2013 zu Höcke ist damit nicht vom Tisch. Der „neue“ Artikel Ladigs erschien erst im Februar 2016, und damit bereits nachdem Höcke das erste Mal wegen der Ladig-Texte in Bedrängnis geraten war. Daher kommt Kemper wenig überraschend zu dem Schluss, dass jemand aus Heises Umfeld den Artikel mit der Absicht geschrieben haben könnte, Höcke zu entlasten. Die Aussagen Bernardys zeigen dann eher an, wie diese Strategie genutzt werden soll. Der textliche Befund zeigt aber gerade, welche Texte vom selben Autor stammen und welche nicht, wodurch sich die Zuordnung der NS-Verherrlichung in den frühen Ladig-Schriften zu Höcke eher untermauern lässt.

„Die faschistische Ideologie, die in Höckes Aussagen deutlich wird, wird in den 'Ladig'-Texten zugespitzt und ist unverblümt NS-verherrlichend.“ meinte Kemper bereits 2016. Inzwischen ist auch Petry zu dieser Überzeugung gekommen und nutzt sie in ihrem Machtkampf für sich. Selbst in der AfD liegt nun alles auf dem Tisch, wenn auch zu befürchten ist, dass weite Teile der Partei in der Ideologie Höckes auch weiterhin kein Problem sehen. „Jedem, der sich mit Höcke gemein macht, muss klar sein, dass er einen lupenreinen Antisemiten und Rechtsextremisten unterstützt.“ erklärt Katharina König daher und fordert Höcke zur Rückgabe seines Landtagsmandats auf.

Stefan aus dem HASKALA

Mitgliederbrief der Parteivorsitzenden

Programmentwurf zur Bundestagswahl 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,

am ersten Wochenende im April haben wir unseren Entwurf für den Leitantrag zum Bundestagswahlprogramm im Parteivorstand diskutiert und versabschiedet. Nach einer guten Diskussion, in der wir viele Vorschläge noch einarbeiten konnten, gab es nur eine Gegenstimme und wenige Enthaltungen. In Presse und Medien ist der Entwurf schon gut besprochen worden. Die große Zustimmung hat uns gezeigt: Unser Programmentwurf trifft einen Kern. Wir reden nicht nur von sozialer Gerechtigkeit. Wir zeigen, dass wir konkrete, machbare und bezahlbare Alternativen haben, die Einstiege in eine für alle sozial gerechte Gesellschaft sind. Und das ist dringend nötig: Unser Land ist gespalten wie nie zuvor, Reichtum und Armut nehmen zu. Kinderarmut nimmt weiter zu. Der Mindestlohn reicht nicht, um für eine armutsfeste Rente vorzusorgen. Die Sorgen, ob die Miete noch bezahlbar ist und wie die Zukunft aussieht, nehmen für viele Menschen zu. Statt für gute Krankenhäuser, Schulen und Kitas plant die Regierung Milliardenausgaben für die Aufrüstung der Bundeswehr. Rechte Parteien wollen die Sorgen der Menschen gegen Schwächere wenden, sie schüren Rassismus und Nationalismus. DIE LINKE steht dagegen – mit einem Programm für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Sozial gerecht für alle – das ist DIE LINKE!

Es ist genug für alle da, wenn alle genug beisteuern: Wir wollen Vermögen ab der zweiten Million und hohe Erbschaften besteuern. Bei der Lohn- und Einkommensteuer wollen wir die unteren und mittleren Einkommen entlasten: der Freibetrag wird auf 12.600 Euro im Jahr erhöht. Alle, die als Alleinstehende weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdienen, werden entlastet, das ist die große Mehrheit der Beschäftigten. Der Spitzensteuersatz wird wieder auf 53 Prozent angehoben – für den Teil des Einkommens, der oberhalb von 70.000 Euro liegt. Und für jeden Euro ab der ersten Million jährliches Einkommen sind 75 Prozent Steuern mehr als gerecht.

Gute Arbeit und soziale Garantien für alle: Wir kämpfen für 12 Euro Mindestlohn und eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ohne Sanktionen Das soll dafür sorgen, dass der wichtigste Artikel des Grundgesetzes mit Leben gefüllt wird: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die sachgrundlosen Befristungen und die Leiharbeit müssen beendet und dem Missbrauch von Werkverträgen ein Riegel vorgeschoben werden. Wir setzen auf kürzere Arbeitszeiten und eine gerechte Verteilung der Arbeit. Wir wollen soziale Sicherheit für alle Menschen in unserem Land.

Gute Renten und Gerechtigkeit in Ost und West: Statt Armutsrenten braucht es eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro. Das Rentenniveau wollen wir erhöhen und die Ostrenten sofort angleichen. Zeiten im Niedriglohn wollen wir aufwerten. Mit unserem Rentenkonzept hat eine Durchschnittsverdienerin mit einem Bruttolohn von 1.940 später monatlich rund 270 Euro mehr Rente.

Mieten senken – Wohnen für alle Menschen bezahlbar machen: In Gebieten, in denen Mieten stark gestiegen sind, müssen sie auf eine Obergrenze von 8,50 Euro gekappt und Mieterhöhungen ausgeschlossen werden. 250.000 neue Wohnungen im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau sollen dauerhaft bezahlbaren Wohnraum für Geringverdienende und Familien sichern. Wir wollen die Spekulation mit Wohnraum unterbinden.

Zwei-Klassensystem bei Gesundheit und Pflege überwinden: Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung schaffen, in die alle mit allen Einkommen einzahlen. Arbeitgeber und Beschäftigte zahlen wieder paritätisch ein. Der Beitragssatz sinkt auf unter 12 Prozent. Wir streichen die Zuzahlungen für Medikamente, Zahnersatz und Brillen. Die Pflegeversicherung muss alle Pflegeleistungen und -kosten übernehmen und zur Vollversicherung werden. Wir sorgen für bessere Löhne in der Pflege und für 160.000 neue Stellen in den Krankenhäusern.

Kinderarmut bekämpfen, kostenfreie Bildung für alle: Wir wollen das Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen. Wir wollen eine Kindergrundsicherung von 564 Euro für alle Kinder und Jugendlichen, solange die Infrastruktur für Kinder mangelhaft ist. Die Fahrt in Bussen und Bahnen sollte für alle Kinder frei sein, und es muss ein kostenloses, warmes und gesundes Mittagessen in allen Kitas und Schulen geben.

Wir stehen als Partei des Friedens gegen Aufrüstung und Krieg: Wir wollen Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden, Waffenexporte unterbinden und Fluchtursachen bekämpfen. Statt Milliarden für die Aufrüstung: mehr Mittel für Entwicklungshilfe und zivile Konfliktlösungen. Zu sozialer Sicherheit gehört auch der Schutz vor Terror und Gewalt. Wir wollen fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA. Wir stehen für eine sozial gerechte Energiewende und konsequenten Klimaschutz. Wir wollen ein friedliches Europa für die Menschen, statt eine EU der Abschottung und Aufrüstung, der unsozialen Politik und des Rechtspopulismus. Wir verteidigen das Asylrecht und zeigen den Rechten die Rote Karte!

„Die Zukunft, für die wir kämpfen. Sozial. Gerecht. Für alle“, ist der Titel unseres Wahlprogramms, und mit dieser Botschaft gehen wir in die kommenden Monate bis zur Bundestagswahl. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass keine Partei an den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit vorbei kommt. Je stärker DIE LINKE wird, desto eher müssen diejenigen, die nur von Gerechtigkeit reden, ihren Worten Taten folgen lassen.

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sind wichtige Etappen auf dem Weg zur Bundestagswahl. In beiden Ländern braucht es eine starke LINKE im Landtag! Wir werden in den nächsten Wochen die Genossinnen und Genossen in den Wahlkämpfen unterstützen. Wenn ihr Möglichkeiten habt, das auch zu tun, meldet euch bei niels.schmidt@dielinke-nrw.de. Jede Unterstützung, auch jede Spende, ist willkommen und kann uns helfen, über die 5-Prozent-Hürde zu kommen.

Wir legen euch ein Flugblatt bei: Sozial. Gerecht. Für Alle – konkret. Wir laden euch ein, damit an die Infotische und Haustüren zu gehen, es rund um den 1. Mai oder im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ zu verteilen. Wir machen nicht nur schöne Worte, wir streiten für konkrete Alternativen, für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Machen wir sie bekannt!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir freuen uns auf den gemeinsamen Wahlkampf, lasst ihn uns kraftvoll und entschlossen – und mit Spaß an der Auseinandersetzung führen.

Mit solidarischen Grüßen und schöne Ostertage, Eure

Katja Kipping
Bernd Riexinger

Impressum:
V.i.S.d.P.: Rainer Kräuter • **DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld - Rudolstadt** • Saalstraße 38 – 07318 Saalfeld • Geschäftszeiten: Di 9.30 - 12.00 Uhr • Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22 - BIC:HELADEF1SAR • **Um Spende wird gebeten!**
Redaktionsschluss: **22.04.2017** • Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Juni. • Zuarbeiten, Beiträge, Wortmeldungen und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden spätestens **bis 16.05.2017 an redaktion.anstoss@gmx.de** • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwahrend zu kürzen.

Weltfestspiele der Jugend und Studenten, Berlin 1973

Berlin 1973, Karl-Marx-Allee

Foto: wikimedia.commons • Author: Bin im Garten • CC BY-SA 3.0

Die X. haben gerufen

6.Teil der Erzählungen von Ulrich Wichert, wie er in den 70ern die X.Weltfestspiele mit vorbereitet hat

Ein spezielles Kapitel unserer Vorbereitungsarbeit für die X. Weltfestspiele war der politische Umgang mit den Vertretern der teilnehmenden Länder.

Zum damaligen Zeitpunkt war gerade eine große Welle der diplomatischen Anerkennung der DDR durch eine Vielzahl von Ländern im Gange. Andererseits war auch am politischen Klima in der ganzen Welt abzulesen, dass vor allem die 3. Welt begann, sich auf ihre eigenen Stärken zu besinnen, so dass nationale Befreiungsbewegungen auf allen Erdteilen im Vormarsch waren. Gleichzeitig versuchte das internationale Kapital, das Zeitalter der Globalisierung einzuleiten. So war die Zeit damals vom gesellschaftlichen Fortschritt, von nationalen Bewegungen und zugleich imperialistischen Bestrebungen gekennzeichnet.

Die X. Weltfestspiele hatten damit auch eine hohe politische Bedeutung, vor allem was das Bemühen um die Völkerverständigung und die friedliche Koexistenz betraf.

Unter diesen genannten Bedingungen haben wir viel Zeit aufgewendet, um es allen teilnehmenden Delegationen recht zu machen.

Das Verhältnis der Delegationen sah so aus, dass etwa 60 Prozent Vertreter der 3. Welt waren. Es kam nicht selten vor, dass sich aus einem Land mehrere politisch unterschiedliche Gruppierungen für Berlin angekündigt hatten. Neben zeitlicher Trennung war es auch manchmal nötig, sogar räumlich getrennt zu beraten, um annehmbare Kompromisse zu erzielen. Ich möchte hier stellvertretend drei besondere Probleme darstellen.

Für den afrikanischen Kontinent waren zwei verschiedene Volksstämme angereist, die sich zu Hause stets feindlich und unversöhnlich zeigten, wie die aus Senegal. Beide beharrten anfangs auf dem Recht, die alleinig legitimierte Delegation ihres Landes zu sein. Hinzu kam noch der Umstand, dass sie beim Einmarsch mit voller kriegerischer Ausrüstung (Speer, Schilde u.a.m.) auftreten wollten. Wie oft wir mit beiden getrennt und später auch an einem Tisch gesessen haben, weiß ich nicht mehr. Aber es war jedenfalls sehr oft, bis wir einen Kompromiss gefunden hatten, sie einerseits getrennt, andererseits aber ohne „gefährliche Waffentechnik“ antreten zu lassen. Letztlich gelang es, die einen mittels des französischen Alphabets (Französisch war eine offizielle Sprache des WBDJ) und die anderen nach dem deutschen Alphabet im Stadion zu begrüßen. Durch die „Verbindung“ zweier Sprachen wurde erreicht, dass beide weit getrennt voneinander dennoch das Land Senegal vertreten konnten.

Viele Gespräche gab es mit den Delegationen, wenn es um die jeweilige Landesfahne und die Einmarschbegleitmusik ging. Manche bekannten sich eindeutig zu ihrem Land, andere wiederum wollten unter der Symbolik ihrer Befreiungsbewegung einmarschieren.

Einen zähen Verlauf nahmen die Beratungen mit den drei verschiedenen Vertretern aus Nordirland einerseits und Irland andererseits. Der sogenannte religiöse Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten machte auch vor den Jugendlichen nicht Halt. Das tiefe Zerwürfnis dort haben wir in Berlin zumindest für die Zeit der Weltfestspiele etwas mildern können. Es ganz abzubauen gelang aber nicht, was die Zeit danach leider bestätigt hat.

Aber ganz im Mittelpunkt unserer Bemühungen für friedliche und lebensbejahende Festspiele stand der Konflikt in Nahost. Die Ereignisse bei den olympischen Spielen in München waren zeitlich noch sehr nah und ließen uns das Problem mit besonderer Sorgfalt und viel politischem Fingerspitzengefühl angehen. Große Unterstützung gaben uns dabei das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten sowie zwei von der UNO entsandte Mitarbeiter.

Wir haben im gegenseitigen Einvernehmen so entschieden, dass die PLO-Jugend einen Tag früher anreist, die Israelis einen Tag später, so dass nicht beide Fahnen gleichzeitig und nebeneinander gehisst werden mussten.

Die räumliche Trennung im Stadion war Voraussetzung. Die Fahnen Israels und der PLO wurden zudem im Stadion besonders bewacht, um Zugriffe darauf zu verhindern. An dieser Stelle sei vermerkt, dass die Fahnen aller teilnehmenden Delegationen auf dem ganzen Stadionrund, auf der sogenannten Krone, aufgezogen wurden, sobald die Delegation in Berlin eintraf.

Bei der PLO hat sich sogar Yasser Arafat bei einem Besuch in der DDR um die Belange seiner Landsleute gekümmert. Als er dem Org.-Büro des WBDJ einen kurzen Arbeitsbesuch abstattete, traf ich mit ihm persönlich zusammen. Der Zufall wollte es, dass der Org.-Büro-Leiter des WBDJ, ein Italiener, mich vorstellte und erklärte, welche Aufgabe ich zu lösen hätte. Nun kam ein Augenblick in meinem Leben, den ich nie vergessen werde. Arafat umarmte mich unverhofft und sein legendärer Stachelbart hat sich tief in meine Wange eingeprägt. Sein Kommentar war etwa: „Es wird alles gut. Für den Frieden, für die Jugend.“ Es folgte noch ein kräftiger Händedruck und mein entsetzter Blick auf ihn (er war mindestens einen Kopf kleiner). Dann war er fort und ich schaute verträumt hinterher, der Italiener grinste.

- Fortsetzung folgt -

Ulrich Wichert

Mit Schneesturm und Feueralarm

Besuch des Thüringer Landtages

Foto: B. Pätzold

Am Dienstag, dem 18. April 2017, besuchte die Wandergruppe der LINKEN aus Saalfeld-Rudolstadt den Thüringer Landtag und folgte damit einer Einladung des Abgeordneten Rainer Kräuter. Um 9.20 Uhr startete der Bus am Saalfelder Krankenhaus und nahm von dort aus – mit drei weiteren Zwischenhalten – insgesamt 46 Wandersfrauen und -männer und auch den Abgeordneten und seine Mitarbeiterin Birgit Pätzold an Bord, um sie bis um elf sicher zum Landtag zu transportieren. Noch während der Fahrt stimmte Rainer Kräuter seine Gäste auf den politischen Tag und den Besuch der Landeshauptstadt ein und berichtete aus der tagesaktuellen Politik. Dabei sprach er unter anderem die Themen „Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform“, das Renten(un)recht und in diesem Zusammenhang auch die unterschiedliche Behandlung der Versorgungsempfänger_innen in den alten und neuen Bundesländern an. In Erfurt wartete Mitarbeiter Nummer 2, Johannes Häfke, der gerade kurz vor der Ankunft noch mit Sack und Pack das Gebäude wegen eines Feueralarms hatte verlassen müssen.
Zum Glück war es nur ein Probealarm und die Gäste aus Saalfeld-Rudolstadt konnten mit wenigen Minuten Verzögerung den Landtag betreten. Herr Kolbe, der zuständige Mitarbeiter des Besucherdienstes, begrüßte die Gäste und führte sie in den Plenarsaal, in dem – in der Regel – einmal im Monat auch die Abgeordneten des Landtages an der Plenarsitzung teilnehmen. Herr Kolbe führte mit einem spannenden Vortrag in die Verfassung des Freistaates, die Zusammensetzung der Fraktionen und der Landesregierung und den Ablauf eines Gesetzgebungsverfahrens ein und beantwortete die Fragen der Gäste professionell.
Während draußen das Wetter von einem sonnigen Apriltag in einen Monsun umschlug und sich noch zu einem kurzen Schneesturm steigerte, ging es für die Gäste in einen der Besucherräume, in dem Rainer Kräuter über den Arbeitstag eines Abgeordneten berichtete und sich ebenfalls der Fragen der Gäste annahm. Besonderes Interesse gab es hier an der Rentenpolitik und dabei insbesondere der Angleichung der Renten in Ost und West. Rainer Kräuter verwies dabei auf die nach 27 Jahren immer noch durchstechende Ungerechtigkeit zwischen Ost- und Westrentnern, meinte aber auch, die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger dürften nicht vergessen werden (die Beamtinnen und Beamten im Ruhestand) und spannte einen Bogen zum Thema „Gemeinsame und solidarische Bürgerversicherung“, in die alle Menschen einzahlen sollten – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Beamtinnen und Beamte, Anwältinnen und Anwälte, Richterinnen und Richter, aber eben auch Abgeordnete. Nur so könne eine armutsfeste Altersversorgung tatsächlich finanziert werden. Nach diesem Tagesordnungspunkt ging es schon zum gemeinsamen Mittagessen und danach zu einem weiteren Ausflugsziel – der Erfurter Innenstadt. Mit dem Bus wurden die Gäste zum Domplatz gebracht und konnten von dort aus Sehenswürdigkeiten der Landeshauptstadt besichtigen oder auch nur einen Kaffee trinken gehen. Der Abgeordnete und sein Team blieben noch eine Zeit lang im Landtag, um weitere Termine und die Arbeit miteinander abzustimmen. Gut zwei Stunden später, mit Wetter, das dem April alle Ehre machte, wurden die Gäste in der Erfurter Innenstadt wieder abgeholt und gemeinsam mit dem Abgeordneten und seiner Mitarbeiterin sicher nach Hause gebracht. Noch während der Rückfahrt bedankte sich der Abgeordnete bei seinen Gästen für den Besuch und den spannenden Tag. Das „Team Kräuter“ bedankt sich bei den Gästen der Wandergruppe und selbstverständlich auch beim Besucherdienst des Thüringer Landtages, beim kommunalen Busunternehmen „kombus“ und beim Busfahrer, Herrn Brecht, die für einen reibungslosen Ablauf sorgten.

Team Kräuter

Termine

» **Mo 01. Mai 2017**
Gera – "Herz statt Hetze"
Gemeinsame überregionale Veranstaltung der Gewerkschaften

» **Mi 03. Mai 2017**
14.00 Uhr - 21.00 Uhr
Landtag Erfurt – Plenarsitzung*

» **Do 04. Mai 2017**
09.00 Uhr - 20.00 Uhr
Landtag Erfurt – Plenarsitzung*

» **Fr 05. Mai 2017**
09.00 Uhr - 20.00 Uhr
Landtag Erfurt – Plenarsitzung*

» **Mo 08. Mai 2017**
10.00 Uhr • Friedhof Saalfeld
Gedenken an den Gräbern der Sowjetischen Soldaten zum Tag der Befreiung

» **Mo 08. Mai 2017**
18.00 Uhr
Wahlkreisbüro Bad Blankenburg
Kreisvorstand

» **Do 11. Mai 2017**
15.00 Uhr • Weltladen Saalfeld
"Dienstagsklub"? / "AG-Senior_innen"

» **Mo 15. Mai 2017**
19.00 Uhr
„Brummochse" Rudolstadt
Mitgliedertreff, Bürgergespräch und öffentliche Beratung Stadtvorstand Rudolstadt

» **Di 16. Mai 2017**
Wandergruppe (s. rechts)

» **Mi 17. Mai 2017**
18.00 Uhr • Haskala
Beratung der Stadt- und BO-Vorsitzenden zur Vorbereitung der Bundestagswahl

» **Di 23. Mai 2017**
18.30 Uhr • Haskala
Stadtvorstand Saalfeld

» **So 28. Mai 2017**
10.30 Uhr
Weltladen Rudolstadt
Faires Frühstück

» **Mi 31. Mai 2017**
14.00 Uhr - 21.00 Uhr
Landtag Erfurt – Plenarsitzung*

» **Do 01. Juni 2017**
09.00 Uhr - 20.00 Uhr
Landtag Erfurt – Plenarsitzung*

» **Fr 02. Juni 2017**
09.00 Uhr - 20.00 Uhr
Landtag Erfurt – Plenarsitzung*

» **Do 08. Juni 2017**
15.00 Uhr • Weltladen Saalfeld
"Dienstagsklub"? / "AG-Senior_innen"

» **Fr 09. - So 11. Juni 2017**
2. Tagung des 5. Bundesparteitages in Hannover

» **Fr 16. Juni 2017**
16.00 Uhr • Messe Erfurt
„Thüringen rockt!"
mit Konstantin Wecker

*) wird im Internet per Livestream übertragen, u.a. auf der Seite unserer Landtagsfraktion www.die-linke-thl.de

Die nächste Mitglieder-versammlung der Basisorganisation

_____

ist am _____

um _____ Uhr

Ort: _____

September 1985: Eine Sitzung des Vorstandes des Schriftstellerverbandes der DDR fand in Berlin statt. Kurt Hager, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED (l.), und Ursula Ragwitz, Leiter der Abteilung Kultur des ZK der SED (2.v.r.), während einer Pause im Gespräch mit dem Präsidenten des Schriftstellerverbandes, Hermann Kant (2.v.l.), Gerhard Henniger, 1. Sekretär des Schriftstellerverbandes (M.), und Stephan Hermlin (r.).

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1985-0926-040 / Link, Hubert / CC-BY-SA 3.0

Zitat des Monats:

„Es ist nicht unsere Aufgabe, der SPD das Leben einfacher zu machen. Unsere Aufgabe ist es, uns für eine sozialere Politik einzusetzen."

Sahra Wagenknecht im Interview mit dem Handelsblatt am 05.04.17 auf die Aussage, „mit einem Realpolitiker wie dem thüringischen Linken-Ministerpräsidenten Bodo Ramelow wäre es einfacher, ein Linksbündnis zu schmieden".

Wandern

am 16. Mai 2017 • Bechstedt-Trippstein

Am Dienstag, dem 16. Mai, fahren wir mit dem Zug nach Bechstedt-Trippstein, besichtigen die Gedenkstätte für 12 ermordete polnische Buchenwaldhäftlinge und erfahren ihre Geschichte.

Nach dem Mittagessen in der Gaststätte „Zum Trippstein" geht es zu Fuß nach Rottenbach. Der leicht abschüssige Weg ist gut begehbar. Die Rückfahrt ab Rottenbach erfolgt ebenfalls mit der Bahn.

Hinfahrt	Rückfahrt
Saalfeld ab 11.14 Uhr	Rottenbach ab 15.29 Uhr oder 16:29 Uhr
Bst.-Trippstein an 11.48 Uhr	Saalfeld an 15.45 Uhr oder 16.49 Uhr

Die Teilnehmer_innen sollten rechtzeitig auf dem Bahnhof Saalfeld sein, weil Wanderleiterin Bärbel die Hoppertickets für alle kaufen will (pro Person 7,90 €uro).

Anstoß

Meinungen, Beiträge, Kommentare, Kritiken an: redaktion.anstoss@gmx.de

Der Anstoß ist auf Spenden angewiesen. Danke für deine Unterstützung!
IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22

DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt

Kräuter.
Wahlkreisbüro MdL Rainer Kräuter
Kirchplatz 1 • 07422 Bad Blankenburg
Di 15 - 17
Do 15 - 18
u.n.Vereinbarung
fon: 036741 73 92 19
mail: kraeuter@die-linke-thl.de
rainer-kraeuter.de

Jugend- und Wahlkreisbüro "Haskala"
Katharina König (MdL) Saalstraße 38,
07318 Saalfeld
Tel.: 03671 - 515489 • Fax: 03671 - 515490
www.haskala.de
info@haskala.de

Mo 11-16 Uhr
Di 11-16 Uhr
Do 13-18 Uhr
Fr 13-18 Uhr

השכלה HASKALA
IDEE AUFKLÄRUNG VERSTAND

22. Mai 1952

Deutscher Schriftsteller-verband

Am 22.5.1952 wurde der Deutsche Schriftsteller-verband als selbständige Organisation auf dem III. Deutschen Schriftsteller-kongress gegründet.

Vorsitzende: Anna Seghers (1900 bis 1983)

Präsidenten waren: Bodo Uhse, Anna Seghers, Hermann Kant, Rainer Kirsch

Bis 1990 gab es 11 Kongresse.

1989 hatte der Verband 931 Mitglieder, u.a. Jurij Brězan, Fritz Selbmann, Erwin Strittmatter, Kurt Barthel, Max Zimmering, Eduard Claudius, Helmut Sakowski, Günter Görlich, Herbert Otto, Volker Braun, John Erpenbeck

Für die Nachwuchsarbeit gab es die Arbeitsgemeinschaften Junger Autoren

Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur"

31.12.1990 Selbstauflösung

1953, 1956, 1961, 1976 erregten Resolutionen zu politischen Ereignissen Aufsehen

1979 Ausschluss kritischer Autoren (Kurt Bartsch, Stefan Heym, Klaus Schlesinger...).

Das erregte auch internationales Aufsehen. Der Verband trug zur Umsetzung der Kulturpolitik der SED bei.

Viele Autoren schufen beeindruckende literarische Werke, die auch heute noch Bestand haben.